

Elektronische Demokratie: Neue Handlungsspielräume für politische Beteiligung

Roman Winkler

Demokratische Beteiligung erfährt durch neue Medien einen Wandel, der an große Erwartungen geknüpft ist. Politische Partizipation von BürgerInnen soll mittels neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) gefördert werden und so einer Entfremdung vom öffentlich-politischen Geschehen entgegenwirken. Elektronische Wahlen und die Anwendung von IKT für politische Diskussionen und Konsultationen repräsentieren zwei Ausprägungen elektronischer Demokratie. Dieser Beitrag umfasst eine Gegenüberstellung dieser beiden Möglichkeiten, wobei ein Schwerpunkt der Entwicklungsstand elektronischer Beteiligung in Österreich ist.

I Einleitung

Wahlen und Abstimmungen gelten als wichtige Indikatoren für politische Partizipation. Westlich-liberale Demokratien sehen sich mit einer zunehmenden Entfremdung ihrer BürgerInnen konfrontiert, die sich in erster Linie in rückläufigen Wahlbeteiligungen manifestiert. Der Verlust von öffentlicher Beteiligung ist Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Diskussionen und wird u. a. in Zusammenhang mit einer reduzierten Informations- und Meinungsvielfalt am Medienmarkt thematisiert. Aufgrund der systemimmanenten „One-to-many“-Kommunikation der Massenmedien sind die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung (abseits von Wahlvorgängen) eingeschränkt. „Öffentlichkeit“ findet vornehmlich zwischen politischen Eliten, FachexpertInnen und JournalistInnen statt und begegnet uns massenmedial vermittelt. Blumler und Gurevitch (1995) sprechen hierbei von einer „crisis of public communication“, die sich im Interessenverlust der BürgerInnen an institutionalisierter Partizipation manifestiert und die Legitimität rechtsstaatlicher Einrichtungen bedroht.

In den USA wurde 1993 mit dem Clinton-Gore-Papier „Agenda for Action“ das Zeitalter der „Information Superhighways“ ausgerufen, das u. a. die Bedeutung von Internet-Diensten für politische Beteiligung hervorhebt. Die Europäische Union (EU) veröffentlichte 1994 den so genannten „Bangemann Bericht“, in dem

Europas Weg in die Informationsgesellschaft skizziert wurde und, in Anlehnung an das amerikanische Dokument, ebenfalls technologisch bedingte, positive Veränderungen für die europäischen Demokratien voraussagte. Seither haben sich neue IKT (in der westlichen Welt) rasant verbreitet und viele PolitikerInnen, BürgerInnen, AktivistInnen aber auch wissenschaftliche FachautorInnen verknüpfen mit neuen Medien noch stärker die Hoffnung, einen virtuellen Beteiligungsraum zu schaffen, der dem gesellschaftlichen Phänomen der politischen Apathie entgegenwirkt. Dezentralisierte und interaktive Netzwerke sollen es BürgerInnen ermöglichen, miteinander in Kontakt zu treten, räumliche Begrenzungen zu überwinden und eine digitale Öffentlichkeit zu bilden. Webbasierte Internetdienste bieten die Möglichkeit, die unterschiedlichen politischen Interessen und Intentionen von BürgerInnen und anderen gesellschaftlichen Akteuren zu verschränken, wie es Sassen (2000, 21) treffend zusammenfasst: „The Net has emerged as a powerful medium for non-elites to communicate, support each other's struggles and create the equivalent of insider groups at scales going from the local to the global. The political and civic potential of these trends is enormous“. Die Anwendungen von IKT zum Zwecke verbesserter und erweiterter politischer Beteiligungsmöglichkeiten werden unter dem Begriff „elektronische Demokratie“ zusammengefasst. Die Vorteile der elektronischen Demokratie scheinen klar ersichtlich: Die einfache und rasche Bereitstellung von politischen Informationen und das Potenzial zur Verbesserung der Beziehungen zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen. Der Politikologe Peter Filzmaier äußert sich aber dennoch skeptisch in seiner Analyse zu den demokratieförderlichen Eigenschaften neuer IKT und konstatiert eine Überforderung bei den BürgerInnen, die angebotenen Informationen hinsichtlich ihrer Relevanz beurteilen zu können. Weiters sei auch im Cyberspace eine zunehmende „Entertainisierung“ der politischen Inhalte zu beobachten: „Weil alle etwas sagen können und trotzdem niemand allen zuhören kann, werden sich noch stärker als im Fernsehen nicht die wichtigsten Themen, sondern aufwendig produzierte und unterhaltsam beworbene Inhalte als infotainment durchsetzen“ (Filzmaier 2004, 39). Vor diesem Hintergrund ist elektronische Demokratie ein herausforderndes Forschungsfeld für Technikfolgenabschätzung. Einerseits „versprechen“ neue IKT politische Beteiligung positiv zu verändern, indem demokratische Vorgänge (wie Wahlen) vereinfacht werden bzw. gesellschaftliche Akteure und politische RepräsentantInnen mit Hilfe neuer Medien in Kontakt treten können. Die Bewertung dieser (erwarteten) Effekte bedarf jedoch noch eingehender Beobachtungen und (empirischer) Analysen von elektronischer Demokratie, zumal sich politische Beteiligung (abgesehen von Wahlen oder Abstimmungen) schwer quantifizieren lässt und von „nicht-technologiebezogenen“ Faktoren (wie z. B. dem politischen System) geprägt wird. Dieser Beitrag versteht sich als eine Einführung in das Themenfeld der elektronischen Demokratie. Hier-

bei sollen ihre Kerngedanken und die damit verknüpften Potenziale aber auch Hemmnisse einander gegenüber gestellt werden.

Dieser Artikel beginnt mit einer Annäherung an den Begriff der elektronischen Demokratie, indem zum einen die Verschränkung zwischen demokratischer Beteiligung und neuen IKT aufgezeigt wird, zum anderen die Hauptcharakteristika jener beiden Anwendungsfelder beleuchtet werden, die vorrangig den Begriff der elektronischen Demokratie markieren: Elektronisches Wählen (e-Voting) und interaktive Entscheidungsfindungsprozesse durch neue Medien (e-Deliberation). Anschließend werden beide Anwendungen einer eingehenden Diskussion unterzogen, in der v. a. die theoretischen Hintergründe eine wichtige Rolle spielen. Ein praxisbezogenes Fallbeispiel zu Online-Debatten und Online-Konsultationen auf europäischer Ebene wird deliberative Kommunikationsprozesse veranschaulichen helfen. Der vorletzte Abschnitt ist der österreichischen Situation gewidmet und gibt in diesem Zusammenhang einen Überblick zu derzeit laufenden Initiativen zu elektronischer Demokratie sowie den rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen von e-Voting. Die Schlussfolgerungen umfassen eine Reflexion hinsichtlich des Potenzials neuer IKT für demokratische Beteiligung. In diesem Zusammenhang werden auch jene Faktoren angeführt, die letztlich das Umfeld, in dem elektronische Demokratie stattfindet, determinieren: Die vorherrschende politische Kultur in einer Gesellschaft und das damit einhergehende Verständnis von demokratischer Beteiligung (online und „offline“).

2 Begriffsbestimmung

Elektronische Demokratie begründet sich in der Annahme, dass interaktive Interessensnetzwerke die Beziehungen zwischen den Beteiligten stärken und zu einem transparenteren politischen System beitragen. Der Begriff wird in den Fachdisziplinen (wie Politik-, Verwaltungs-, Kommunikationswissenschaften, Informatik etc.) mit teils unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen diskutiert und dementsprechend groß ist auch die Bandbreite an Definitionen. Hacker und Van Dijk liefern für unsere Analyse hier eine sehr brauchbare Beschreibung: Bei elektronisch oder digital vermittelter Demokratie handelt es sich demnach um „the use of information and communication technology (ICT) and computer-mediated communication (CMC) in all kinds of media (e.g. the Internet, interactive broadcasting and digital telephony) for purposes of enhancing political democracy or the participation of citizens in democratic communication“ (Hacker/Dijk 2000, 1). Sie weisen weiters daraufhin, dass elektronische Demokratie in erster Linie der Er-

gänzung bestehender demokratischer Beteiligungsformen dient und nicht als deren Ablöse, wie es oft in technologisch-deterministischen bzw. technologieeuphorischen Annahmen der Fall ist. Vielmehr ist unter dem Begriff der Versuch zu verstehen „to practise democracy without the limits of time, space and other physical conditions, using ICT or CMC instead, as an addition, not a replacement for traditional ‚analogue‘ political practices“ (ebenda). Elektronische Demokratie ergibt sich rein technisch gesehen aus dem IKT-Potenzial, einerseits Interaktionen zwischen räumlich dislozierten Beteiligten herzustellen und für das politische Verhandeln von unterschiedlichen Standpunkten zu nutzen, andererseits bestimmte demokratische Vorgänge (wie Wahlen oder Abstimmungen) online zu erledigen. Diese Absichten wurden mittlerweile von den meisten europäischen Staaten in entsprechenden Dokumenten festgeschrieben und es werden zahlreiche „e-Democracy“-Projekte¹ initiiert, die allesamt auf die Einbeziehung von BürgerInnen, Unternehmen und NGOs in den Politikgestaltungsprozess abzielen.

Angesichts der zahlenreichen Definitionen von elektronischer Demokratie sollen an dieser Stelle einige Kerngedanken und -komponenten näher beschrieben werden. Grundsätzlich können unter den Begriff der elektronischen Demokratie zwei wesentliche Ausprägungen subsumiert werden: e-Voting und e-Deliberation. Während die elektronische Stimmabgabe v. a. technische und rechtliche Fragestellungen aufwirft, geht es bei elektronischer Deliberation v. a. um die Frage, ob und wie BürgerInnen Internetdienste (wie z. B. Online-Diskussionsforen) für politische „Auseinandersetzungen“ nutzen und welchen Mehrwert sie daraus erzielen können. Elektronische Demokratiekonzepte umspannen demzufolge sowohl Vorgänge und Instrumente der direkten als auch der repräsentativen Demokratie. Elektronische Demokratie kann in jedem Fall als eine Möglichkeit erachtet werden „to improving the responsiveness and accountability of political institutions and enhancing citizen participation in the political process“ (Tsagarousianou 1998, 167). BefürworterInnen von elektronischer Demokratie können einerseits entlang dieser beiden Demokratiemodelle unterschieden werden, andererseits anhand ihrer Sichtweisen von Technik und Gesellschaft. Während die Gruppe der „Cyberdemokraten“ (Zittel 2001, 434) eine völlige Neugestaltung des politischen Systems und seiner Beteiligungsinstrumente durch technologische Innovationen annimmt, betrachten „Teledemokraten“ (ebenda) die neuen IKT als eine Möglichkeit, das bestehende demokratische System und seine Instrumente (wie deliberative politische Debatten) und Institutionen zu reformieren. Elektronische De-

¹ Z. B.: Österreich: „Digitale Hofburg“, <http://www.digitalehofburg.at>;
 Großbritannien: „In the service of democracy“, <http://www.edmocracy.gov.uk>;
 Lettland: „Politika.lv“, <http://www.politika.lv>;
 Europäische Union: „Your Voice in Europe“, <http://europa.eu.int/yourvoice>.

mokratie befindet sich somit in einem Spannungsfeld, das revolutionäre (völlige Erneuerung bestehender Demokratien durch Technologien) und evolutionäre (schrittweise Reformierung) Ansätze einschließt. Demokratische Beteiligung und IKT werden von FachautorInnen auch oftmals mit der griechischen Agora verglichen in der nun durch digitale Vernetzung ein Raum für politischen Austausch geschaffen wird (vgl. Coleman 1999, 72). Dies ist in erster Linie für all jene Ausprägungen von elektronischer Demokratie relevant, die dem Bereich der Deliberation bzw. der rationalen Beratschlagung zuzuordnen sind. In diesem Zusammenhang wird oftmals auch eine (Wieder-)Belebung der politischen Öffentlichkeit angenommen, die sich im Cyberspace neu konstituiert (vgl. Rheingold 1999, 277). Die Vielzahl an unterschiedlichen (politisch-interessierten und engagierten) Online-Gemeinschaften lässt jedoch die Idee von „der Internet-Öffentlichkeit“ fragwürdig erscheinen. Vieleher bietet sich hier die von Keane (1998, 169 f.) getroffene Unterscheidung in „micro-, meso- and macro public spheres“, die sich je nach thematischer Ausrichtung und Schwerpunktsetzung online formieren, um ihre politischen Anliegen zu einem gemeinsamen Ziel zu bringen. Diese Online-Öffentlichkeiten bieten den Rahmen und den „Ort“ für jene demokratiepolitischen Vorgänge, die im Vorfeld einer politischen Entscheidung stattfinden: deliberative Kommunikationsprozesse.

3 E-Deliberation

Deliberative Prozesse nehmen eine demokratiepolitisch wichtige Position ein, indem sie der Verständnisorientierung zwischen den gesellschaftlichen Akteuren dienen. Dahlgren (2001, 64) betont die Bedeutung politischer Auseinandersetzungen und Beratschlagungen, die abseits von Wahlen oder Abstimmungen zwischen BürgerInnen stattfinden und unterstreicht deren Beitrag zur Erhaltung eines lebendigen, demokratischen Systems: „[T]here is a civic and political life beyond elections that must also measure up to our democratic ideals, not least the character of public discursive communication between citizens“. Garnham (zitiert in Coleman 1997, 162) greift diese diskursiven Kommunikationsprozesse zwischen BürgerInnen auf und beschreibt sie als „the heart of the democratic process“. Der theoretische Hintergrund für Entwürfe zur deliberativen Politikgestaltung orientiert sich vielfach an den Idealvorstellungen von partizipativer Demokratie, die den Eigenwert von Partizipation per se betont, eine Erweiterung von politischen Partizipationsmöglichkeiten einfordert und auf die Demokratisierung jener Lebensbereiche setzt, die nicht explizit einer demokratisch-parlamentari-

schen Verfasstheit unterstehen (vgl. Schmidt 2000, 252; Zittel 2001, 25). Deliberative Kommunikationsprozesse beschreiben im Wesentlichen die reflektierte und argumentativ abwägende Auseinandersetzung mit politischen Themen und begegnen uns zumeist in rechtsstaatlichen Einrichtungen wie Parlamenten oder Gerichtshöfen. Durch den zunehmenden Einsatz von Fokusgruppen, ExpertInnennetzwerken oder „citizen juries“ haben deliberative Debatten in den vergangenen Jahren an öffentlicher Bekanntheit gewonnen. In der theoretischen Auseinandersetzung finden sich zwar Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Gewichtung einzelner Komponenten von Deliberation, grundsätzlich basieren aber alle Ansätze auf einer zentralen Grundannahme: Die Verwendung von kritisch-rationalen Argumenten ist Kernelement von deliberativen Diskussionen. Dryzek spricht etwa von einer „reasoned and logical“ Kommunikation, in der Meinungen zu einem politischen Thema von öffentlicher Relevanz einer breiten Überprüfung unterzogen werden (Dryzek 2000, 64). Wilhelm versteht unter Deliberation einen kommunikativen Vorgang in dem „interlocutors in a political debate need to provide reasons to support their arguments, reasons that can be validated inter-subjectively in a public space“ (Wilhelm 2000, 35). Idealtypisch sollen demnach politische Entscheidungen auf Basis von durchdachten und logisch aufgebauten Argumenten getroffen werden, in denen sich eine breite Mehrheit von DiskutantenInnen bzw. Betroffenen wieder findet und ein „clash of pre-established interests and preferences“ vermieden wird (London 1995, 34). Eine balancierte Abwägung von Argumenten und ein hohes Maß an Lernbereitschaft gelten als Grundpfeiler für qualitativ hochwertige politische Diskussionen.

Prinzipiell scheint das Internet aufgrund seines inhärenten Kommunikationspotenzials ein geeignetes Medium für deliberative Kommunikation zu sein. Die Interaktionsmöglichkeiten schaffen Raum für die Vernetzung verschiedener Standpunkte und Meinungen. Politische Diskussionen in der Öffentlichkeit, die bislang v. a. zwischen Massenmedien und gesellschaftlichen Eliten (wie z. B. PolitikerInnen) stattfanden, finden Ausdehnung in den digitalen Raum und schließen größere Diskussionsgruppen ein. Die (Wieder-)Belebung der politischen Öffentlichkeit, deren Niedergang in der Fachliteratur von mehreren AutorInnen konstatiert wird (wie z. B. bei Habermas 1962/1989; Webster 1995; Curran 1991) könnte demnach durch technologische Hilfe zumindest gemindert werden. Die Möglichkeiten der elektronischen Deliberation sind jedoch begrenzt und enden genau dort, wo Zugang zu Netzwerken, politische Kultur und Partizipationsbereitschaft zu entscheidenden Determinanten politischer Beteiligung werden.

Deliberativ orientierte Demokratiekonzepte basieren weiters auf der Annahme, dass die Beteiligten die Fähigkeit besitzen, ihre partikulären Interessen in einer kritisch-rationalen Debatte bzw. Auseinandersetzung mit den Interessen des Gemeinwohls verknüpfen zu können. Der offene Kommunikationsfluss in und

zwischen diversen deliberativen Foren ist ein entscheidendes Merkmal deliberativer Demokratie. Abromeit hält fest, dass eine Bindungswirkung hinsichtlich der getroffenen Entscheidungen zwar wünschenswert, letztlich aber zweitrangig ist (vgl. Abromeit 2002, 106). Das erklärte Ziel sei vielmehr „[...] improving the quality of the reasons for public decisions while maintaining egalitarian standards“ (Bohman 1996, 6). Diese Sichtweise ist sicherlich zu hinterfragen, zumal angenommen werden kann, dass Beteiligte neben der prinzipiellen Möglichkeit der politischen Partizipation, auch die Umsetzung bzw. Berücksichtigung der eingebrachten Vorschläge oder Anregungen realisiert sehen wollen.

Deliberation zeichnet sich in erster Linie durch Orientierung an Struktur und Prozedere des jeweiligen Diskurses aus. Zu diesem Zwecke müssen Standards geschaffen werden, die den prinzipiell gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Diskursplätzen sichern (vgl. Eriksen/Fossum 2000, 21). Die Bestätigung und Konstruktion von Identitäten sowie die Entdeckung kollektiver Handlungsmöglichkeiten, die im Lichte des Gemeinwohls relevant werden, sind ebenso zentrale Zielsetzungen von rationalen Beratschlagungsvorgängen, wie die Erzielung von Lerneffekten durch kritisch-rationale Diskussionen. Diese Form der Willensbildung und Verständigung über öffentliche Angelegenheiten meint nicht nur die Erwartungen aller involvierten Akteure erfüllen zu können, sondern auch zu „vernünftigen“ und konsensual getroffenen Entscheidungen zu kommen, wobei letzteres keine Absolutbedingung von Deliberation darstellt: „Es ist nicht entscheidend, ob jeweils die gleichen Meinungen und Einstellungen vertreten werden oder ob im Bereich der Meinungsbildung ein Konsens erreicht wurde“ (Eder/Kantner 2000, 315). Im Hinblick einer Nutzenabschätzung ist es jedoch notwendig, zwei wesentliche Bewertungskriterien für deliberative Beteiligungsprozesse zu nennen. Hierbei spielt die Frage nach Offenheit und Interaktivität eines politischen Online-Partizipationsprozesses eine besonders wichtige Rolle. Interaktivität ist eine wesentliche Prämisse für deliberative Kommunikation (vgl. Dryzek 1990, 14) und wird durch Internet-Dienste ermöglicht. Der rationale Gehalt von deliberativen Diskussionen ist eine weitere Schlüsselkategorie, durch die ein gemeinsames Verständnis in einer Diskussionsgruppe erreicht werden soll.

Als mögliche Anwendungsfelder von elektronischen Deliberationsprozessen lassen sich zwei zentrale Beteiligungsinstrumente identifizieren: Online-Diskussionen und Online-Konsultationen. Internet-Debatten zu politischen Themen dienen vornehmlich dem Austausch von Argumenten und Standpunkten und werden in der Fachliteratur zu deliberativer Partizipation hinsichtlich ihrer inhaltlichen Qualität sehr kritisch beurteilt. Stephen Coleman schließt aus seinen Untersuchungen zu Internet-Foren: „Most online discussion is uninformed and of poor quality“ (Coleman 2004, 5). Bislang gibt es allerdings nur wenige empirische

Befunde², die diese Hypothese bestätigen bzw. widerlegen. Die Vielfältigkeit an Online-Diskussionszirkeln erlaubt zudem keine Verallgemeinerungen von Internet-Diskussionen hinsichtlich ihrer deliberativen Ausprägungen.

Online-Konsultationen beabsichtigen die Meinungen und Vorschläge von BürgerInnen, UnternehmerInnen, NGO-AktivistInnen etc. zu einem bestimmten Politikfeld einzuholen. Online-Konsultationen können hierbei unterschiedliche Zwecke erfüllen und, je nach Absicht der Initiatoren (zumeist öffentliche Verwaltungen, aber auch politische RepräsentantInnen), können sie bei der Definition eines gesellschaftlichen Problems oder zur Bewertung einer bestehenden Politik eingesetzt werden. Die Vorteile von Internet-Konsultationen liegen v. a. in der raschen Durchführung und Auswertung, die den Behörden und politischen VertreterInnen einen Einblick in öffentliche Stimmungsbilder abseits der Massenmedien geben. Umfangreiche Erfahrungen mit Online-Konsultationen konnten v. a. in Großbritannien³ gemacht werden. Die Europäische Kommission setzt in ihrer Initiative „Your Voice in Europe“⁴ verstärkt auf Online-Debatten und Online-Konsultationen, um demokratische Beteiligung auf europäischer Ebene zu verbessern. Beide Instrumente waren Untersuchungsgegenstand des kürzlich abgeschlossenen ITA-Forschungsprojekts „Europeans have a Say: Online debates and consultations in the EU“⁵. Hierbei handelte es sich um eine Technikfolgenabschätzungsstudie, in der die Diskursqualität von Online-Debatten und der demokratische Mehrwert von Online-Konsultationen auf der Online-Plattform „Your Voice in Europe“ im Mittelpunkt der Untersuchung standen.

3.1 Empirische Befunde zu Online-Debatten und Online-Konsultationen in der EU

Unser vorrangiges Forschungsinteresse war die Frage „Inwieweit formiert sich auf der EU-Beteiligungsplattform „Your Voice in Europe“ deliberative Beteiligung?“ und begründete sich aus dem zuvor angesprochenen Mangel an empirischen Befunden zu deliberativer Online-Beteiligung. Die deliberative Demokratietheorie lieferte hierzu Ansätze, um empirisch fass- und interpretierbare Kate-

² Als Beispiel für eine empirische Analyse zu Online-Diskussionen siehe die ITA-Studie „Europeans have a Say: Online Debates and Consultations in the EU“ (Winkler/Kozeluh 2005) – Näheres dazu gleich unten im Text (3.1).

³ Siehe dazu etwa Coleman/Normann (2000).

⁴ <http://europa.eu.int/yourvoice>.

⁵ Dieses Projekt wurde im Rahmen des bm:bwk-Programmes „NODE – New orientations for democracy in Europe“ ermöglicht und vom ITA in Kooperation mit dem Zentrum für Soziale Innovation durchgeführt, siehe dazu Winkler/Kozeluh (2005).

gorien zu entwerfen. Während für die Bewertung der Online-Debatten ein inhaltsanalytischer Zugang gewählt wurde, stellte das ExpertInneninterview für die Erörterung der EU-Online-Konsultationen das geeignete Analyseinstrument dar.

Online-Debatten:

Ein repräsentatives Sample von rund 600 Online-Beiträgen, die von 225 TeilnehmerInnen in das Diskussionsforum gestellt wurden, bildete die Grundlage für eine Inhaltsanalyse. Die Diskussionsthemen beschäftigten sich vor dem Hintergrund des europäischen Verfassungsvertrages mit der Zukunft der Europäischen Union. Die DiskutantInnen unterhielten sich online vorwiegend in Kleingruppen, in denen auch die häufigsten Interaktionen (z. B. direkte Antwort auf einen anderen Diskussionsbeitrag) festgestellt wurden. In 95 % der Fälle war Englisch die vorherrschende Sprache. Die Erfassung von rationalen Argumenten war eine der größten Herausforderungen, die sich bei der Entwicklung des Analyserahmens stellte. Die Nachvollziehbarkeit in der Argumentation der DiskussionsteilnehmerInnen und die Ausgewogenheit in der Formulierung von politischen Meinungen wurden als Hauptindikatoren für die Bestimmung der rationalen Darlegung von Standpunkten bestimmt. Hinsichtlich eines kritisch-rationalen Diskurses konnte festgestellt werden, dass mehr als zwei Drittel der Beiträge sehr gut nachvollziehbare Argumentationslinien aufwiesen. Etwa ein Drittel der Debattenbeiträge wurde zudem als „sehr ausgewogen“ eingestuft, da die VerfasserInnen nicht nur treffende Argumente für ihre Meinungen vorbrachten, sondern auch Gegenstandspunkte berücksichtigten. Während andere empirische Untersuchungen zu deliberativen Diskursen in Internetforen oft nur ein sehr geringes Maß an qualitativ gut geführten Diskussionen identifizierten, zeigten sich in dieser Inhaltsanalyse mehrheitlich gut durchdachte und logisch argumentierte Diskussionen.

Online-Konsultationen:

Seit Jänner 2003 wurden über „Your Voice in Europe“ rund 50 Konsultationen für BürgerInnen, Wirtschaftsunternehmen und NGOs durchgeführt. Die thematische Bandbreite von Online-Konsultationen erstreckte sich über eine Vielzahl von EU-Politikbereichen, zu denen teils offene (mit Freitextfeldern), teils geschlossene (strukturierte Fragebögen) Erhebungen durchgeführt wurden. Hierbei handelte es sich zum einen um das Einholen von ExpertInnenwissen zu einem bestimmten Thema im Vorfeld einer Politikgestaltung (Problemdefinition), zum anderen wurden Befragungen durchgeführt, die bereits bestehende EU-Strategien bewerten helfen sollten. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden sechs ExpertInnen (EU-Kommission, österreichische Interessensvertretungen, europäische Lobby-Organisation für Stadtverwaltungen) zu ihrer Rolle als Initiatoren bzw. TeilnehmerInnen in Online-Konsultationen befragt. Dabei wurde der Frage nachgegangen, inwieweit die EU-Online-Konsultationen die Möglichkeiten politischer

Einflussnahme von BürgerInnen, Unternehmen, NGOs etc. auf die Politikgestaltung der EU erweitern. Grundsätzlich teilten alle Befragten die Auffassung, dass Online-Konsultationen die bestehenden Beteiligungsformen (etwa in Form von Paneldiskussionen oder ExpertInnen-Hearings mit EU-VertreterInnen) lediglich ergänzen und keinesfalls ersetzen können. Der direkte Kontakt zu EU-RepräsentantInnen wurde v. a. von VertreterInnen öffentlicher Interessen (Kammern) und NGOs als sehr bedeutsam eingeschätzt. Seitens der Initiatoren von Online-Konsultationen („Interactive Policy Making Unit“ der EU im Auftrag der Generaldirektionen) wurde die rasche und einfache Durchführung von Online-Befragungen als wesentlicher Vorteil gesehen, da eine breite Einbeziehung von europäischen Stakeholdern möglich gemacht wird. Die Kritik am Ablauf von EU-Online-Konsultationen bezog sich v. a. auf die Verwertung der eingeholten Ergebnisse. Demnach sei es für die Beteiligten an Konsultationsprozessen nicht nachvollziehbar, in welcher Form sich ihre Beiträge, Kommentare und Einschätzungen in den jeweiligen Politikstrategien wieder finden. Zudem wurde die fehlende, rechtliche Bindung bzw. Einbettung von Online-Konsultationen kritisiert, die deren Zweck und Mehrwert in Frage stellt. Zusammenfassend lassen sich aus den Interviews vier zentrale Hypothesen in Bezug auf die EU-Online-Konsultationen ableiten:

- Sie sind keine geeigneten Beteiligungsinstrumente für breite Beratschlagungsprozesse, da der Zugang zu den Konsultationen sowohl eine hohe Sachkompetenz als auch die Einbindung in entsprechende (ExpertInnen-)Netzwerke voraussetzt. Mangelnde Kenntnisse über EU-Online-Konsultationen sind in erster Linie auf ihren fehlenden Bekanntheitsgrad zurückzuführen.
- Sie erfüllen hingegen eine wichtige Funktion bei der Generierung von ExpertInnen-Netzwerken, indem sie betroffene bzw. interessierte Akteure über die „Your Voice in Europe“-Plattform einladen, sich in Politikgestaltungsprozesse einzubringen.
- Durch die Einbeziehung (von Teilen) der Öffentlichkeit in die politische Entscheidungsfindung werden die Vertrauensbeziehungen zwischen den TeilnehmerInnen von Online-Konsultationen und den EU-RepräsentantInnen gestärkt.
- Die Beiträge in den Konsultationen weisen ein hohes Maß an Sachkompetenz auf und bieten wertvolle Inputs für EU-EntscheidungsträgerInnen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die EU-Online-Plattform „Your Voice in Europe“ sehr wohl deliberative Kommunikationsprozesse, im Sinne von gemeinschaftlicher und rationaler Beratschlagung, ermöglicht. Nichtsdestotrotz ist das breite demokratische Potenzial von „Your Voice in Europe“ fragwürdig, da sowohl die Online-Debatten als auch die Online-Konsultationen von FachexpertInnen dominiert werden, wodurch die Offenheit und der Zugang der Plattform für andere (potentielle InteressentInnen) eingeschränkt werden.

4 E-Voting

E-Voting beschreibt die Möglichkeit, die Stimmabgabe bei einer Wahl oder Abstimmung anonym über einen Internet-Dienst abzugeben.⁶ Dabei kann zwischen einem identifizierten und zwei anonymen Schritten unterschieden werden: E-Voting umfasst einerseits die Anmeldung zur Online-Stimmabgabe, die mit der Beantragung einer elektronischen Wahlkarte und der Identifikation der AntragstellerInnen einhergeht, andererseits die eigentliche Stimmabgabe sowie die Speicherung und Auszählung der abgegebenen Stimmen (vgl. Prosser et al. 2004, 6). Prinzipiell stellen sich bei der elektronischen Wahl die gleichen Möglichkeiten der Stimmabgabe, wie bei den papierbasierten Wahlverfahren: Der Wahlvorgang kann vor Ort im Wahllokal oder durch Distanzwahl erfolgen. Während die traditionelle Form das Ausfüllen eines Stimmzettels in Papierform in der Wahlzelle vorsieht, vollzieht sich die elektronische Stimmabgabe durch Bedienung eines IKT-gestützten Systems in der Wahlzelle. Bei der Distanzwahl wird einerseits zwischen Briefwahl (traditionell) und der Übertragung der Stimme von einem räumlich getrennten Ort (z. B. von zu Hause, im Büro, im Flugzeug etc.) durch einen Internet-Dienst unterschieden (e-Voting). In einigen EU-Staaten wurden in den vergangenen Jahren bereits rechtsverbindliche Testwahlen bei politischen Wahlen und Referenden via Internet-Dienste durchgeführt.⁷ Zudem hat sich der Europarat mit Fragen zum e-Voting umfassend auseinandergesetzt und im September 2004 die „Empfehlung des Europarat-Ministerkomitees über juristische, operationelle und technische Standards des e-Voting“ verabschiedet, die multilaterale Standards bzw. Anforderungen an e-Voting enthält (vgl. Buchsbaum 2004, 2).

Das primäre Ziel, das mit e-Voting verfolgt wird, sieht vor, rückläufigen Wahlbeteiligungen entgegenzuwirken. Elektronische Wahlen sind somit ein Instrument, um die Beteiligung an direktdemokratischen Vorgängen zu steigern. Die Zielgruppe für Online-Wahlen sind neben wahlabstinenten BürgerInnen auch jene, denen es aufgrund äußerer Umstände (z. B. Auslandsaufenthalt) verwehrt ist, an Wahlen oder Referenden teilzunehmen. Zudem werden Erleichterungen für die Verwaltung erwartet, da e-Voting Qualitätsverbesserungen und Beschleunigung hinsichtlich der Stimmzählung und -auswertung bietet (vgl. Arbeitsgruppe E-Voting 2004, 6).

⁶ Die Stimmabgabe an der „elektronischen Urne“ kann mittels unterschiedlicher Medien, wie SMS, digitale Telefonie etc. erfolgen. Dieser Beitrag bezieht sich bei e-Voting jedoch ausschließlich auf Internet-basierende Wahlvorgänge.

⁷ Z. B. seit 2003 in England (Regionalwahlen); seit 2003 in der Schweiz (Regionalabstimmungen); 2004 bei den Wahlen zum Europaparlament in den Niederlanden; und in Spanien 2004 (Lokalreferendum); vgl. dazu Buchsbaum (2004, 2).

E-Voting bringt jedoch eine Reihe an politischen, technischen, juristischen und soziokulturellen Herausforderungen mit sich. Aus diesem Grund hat im Frühjahr 2004 der damalige österreichische Innenminister (Ernst Strasser) eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit der Erarbeitung der Erfordernisse für die Implementierung von e-Voting in Österreich auseinandersetzen sollte.⁸ In ihren Berichten hält die Arbeitsgruppe fest, dass e-Voting „neben der Frage der technischen Machbarkeit und Verlässlichkeit v. a. eine politische Frage“ ist (Buchsbaum 2004, 6), da elementare Bereiche der Demokratie und des Rechtsstaates berührt werden und somit Auswirkungen auf alle BürgerInnen hat. Dies trifft auf all jene demokratiepolitischen Belange zu, die in direktem Zusammenhang mit der Abhaltung von Wahlen bzw. Referenden zu tun haben. Die Gewährleistung des geheimen und persönlichen Wahlrechts ist daher die primäre Anforderung, die eine Online-Wahl oder -Abstimmung zu erfüllen hat. Damit eng verknüpft sind alle Vorgänge, die die Identifikation und Authentifizierung der Wahlberechtigten bestimmen. Eine wesentliche Prämisse, die letztendlich die Bereitschaft zum Einsatz und zur Anwendung von e-Voting bestimmen wird, ist allerdings das prinzipielle Vertrauen, das einem solchen System bzw. Vorgang seitens der WählerInnen (aber auch von Seiten der Wahlbehörden und der Verfassungsgerichte) entgegengebracht wird (vgl. Buchsbaum 2004, 3).

Der Ablauf von (traditionellen) Wahlvorgängen ist in Österreich durch die Wahlrechtsgrundsätze rechtlich geregelt und garantiert WählerInnen weitgehenden Schutz vor Anonymitätsverletzungen. In Bezug auf e-Voting wird die Einhaltung der Anonymität jedoch angezweifelt, wodurch sich die Frage stellt, inwieweit „verletzliche Systeme“ (wie sie für Online-Anwendungen genutzt werden) für demokratiepolitisch fundamentale Vorgänge (wie Wahlen und Abstimmungen) geeignet sind.⁹ Hier sind v. a. Forschungen zum Schutz der Privatsphäre, der Informatik und der Rechtswissenschaften weiterhin gefordert, e-Voting einer Kosten- (Aushöhlung der Privatsphäre; Betreiber- und Instandhaltungskosten etc.) und Nutzenanalyse (Vereinfachung der Wahlvorgänge für WählerInnen und Wahlbehörden; Steigerung von Wahlbeteiligungen etc.) zu unterziehen.

⁸ Die Arbeitsgruppe war mit folgenden Aufgabenstellungen betraut: Sichtung von e-Voting-Projekten im In- und Ausland; Analyse des Diskussionsstandes betreffend den Einsatz von e-Voting außerhalb Österreichs, insbesondere in Europa; Prüfung der Umsetzbarkeit der Empfehlung des Ministerkomitees des Europarates über legislative, operationelle und technische Standards von e-Voting; sowie Feststellung der rechtlichen, technischen und ökonomischen Erfordernisse für die Umsetzung eines e-Voting-Konzepts in Österreich.

⁹ Siehe Wahl des US-Präsidenten mit „voting machines“ in manchen Bundesstaaten.

5 Elektronische Demokratie in Österreich

Die Möglichkeiten der elektronischen Demokratie werden in Österreich bislang v. a. in Form von Pilotprojekten getestet. Sowohl im Bereich der e-Deliberation als auch für e-Voting konnten einige (wenige) Erfahrungen gewonnen werden. Darüber hinaus sind mittlerweile alle rechtsstaatlichen Einrichtungen via Internet erreichbar bzw. informieren über aktuelle Geschäftsvorgänge.¹⁰ Inwieweit elektronische Beteiligung für demokratiepolitische Belange eine breite Anwendung in Österreich finden wird, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur vorläufig abgeschätzt werden. Die Erwartungen sollten nicht zu hoch gesetzt werden: Gegenwärtige gesellschaftlich bedenkliche Phänomene wie sie zu Beginn dieses Beitrages kurz skizziert wurden (z. B. politische Enthaltungen seitens der BürgerInnen) lassen sich keinesfalls ausschließlich technologisch lösen. IKT sollen vielmehr als komplementäre Instrumente im Politikgestaltungsprozess verstanden werden. Eine Analyse zum sinnvollen bzw. effektiven Einsatz von IKT für politische Beteiligungsprozesse in Österreich, bedarf zudem der Identifikation der vorherrschenden politischen und soziokulturellen Bedingungen.

Zwei Umfragen geben allerdings Aufschluss über die generelle Einschätzung von österreichischen ParlamentarierInnen und BürgerInnen der Stadt Wien bezüglich der Bedeutung bzw. des Interesses an elektronischer Demokratie. 2001 wurden im Rahmen eines EU-Projekts¹¹ die Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat u. a. über die Nutzung des Internets für die parlamentarische Arbeit befragt. 86 % stimmten darin der Aussage zu, dass sich durch IKT die politische Beteiligung der BürgerInnen verbessern werde. Weitaus skeptischer zeigten sich die Abgeordneten in ihren Einschätzungen hinsichtlich einer Verbesserung der Interaktivität zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen. Nur ein Abgeordneter teilte die Ansicht, dass das Internet ein vielfältigeres Themenspektrum der politischen Diskussion ermöglichen und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen RepräsentantInnen und BürgerInnen führen wird (vgl. Filzmaier/Stainer-Hämmerle 2002, 328). In einer zweiten, repräsentativen Umfrage wurde die Einstellung der Wiener Bevölkerung zu e-Voting und elektronischer, politischer Beteiligung (i. S. von deliberativen Beteiligungsprozessen) erhoben. In dieser Analyse

¹⁰ Z. B. Bereitstellung sämtlicher parlamentarischer Verhandlungsgegenstände und Materialien auf der Parlamentshomepage <http://www.parlinkom.gv.at>; Online-Übertragungen der Plenarsitzungen des Nationalrates und des Bundesrates.

¹¹ Dabei handelte es sich um ein Forschungsprojekt, das von Peter Filzmaier und Kathrin Stainer-Hämmerle durchgeführt wurde. Von den 183 österreichischen ParlamentarierInnen beantworteten 80 (44 %) die Fragebogen. Für nähere Informationen siehe Filzmaier/Stainer-Hämmerle (2002, 309 ff.).

ging es in erster Linie darum, den Zusammenhang zwischen Geschlecht, Alters- und Bildungsstruktur und dem Interesse an e-Voting und Beteiligung empirisch zu überprüfen. Wie die Hauptergebnisse zeigten, äußerten lediglich 14 % der Befragten ein starkes oder sehr starkes Interesse an deliberativer Online-Beteiligung. Das Interesse an e-Voting fiel hingegen höher aus: 44 % gaben an, ein sehr starkes oder starkes Interesse an der Teilnahme an Online-Wahlen oder -Abstimmungen zu haben. Während das Interesse an deliberativer Online-Partizipation abhängig von Geschlecht, Alter und Bildungsniveau der Befragten war, zeigten sich beim e-Voting lediglich bei der Differenzierung nach dem Alter signifikante Unterschiede: Demnach äußerten Personen bis 49 Jahre ein stärkeres Interesse (52 %) an e-Voting als Personen ab 50 Jahre (vgl. Prosser et al. 2005, 429 ff.).

Obleich beide Analysen nur sehr spezifische Personengruppen (Nationalratsabgeordnete und Wiener Bevölkerung) untersuchten und somit eine Generalisierung für die österreichische Bevölkerung nicht möglich ist, gibt sich zumindest ein Trend zu erkennen: Die Bedeutung von IKT für deliberative Politikprozesse wurde als relativ gering eingeschätzt. Inwieweit IKT die Möglichkeiten politischer Beteiligung in einer repräsentativen Demokratie wie Österreich daher in Zukunft ergänzen bzw. erweitern können, bleibt zunächst offen und bedarf weiterer empirischer Forschungsarbeiten (und eventuell begleitend evaluierter Pilotprojekte).

5.1 Voraussetzungen und Anwendungen von elektronischer Demokratie in Österreich

Der nachstehende Überblick bezieht sich zunächst auf die rechtliche Situation von e-Voting in Österreich und informiert im Anschluss über einige nennenswerte österreichische Projekte sowie über eine aktuelle politische Initiative, mit denen die zuvor genannten Anliegen elektronischer Demokratie erreicht werden sollen.

Die vom Europarat ausgearbeiteten Empfehlungen, die bei der Einführung von e-Voting zu beachten sind, gelten in Österreich als Mindeststandards für die Umsetzung eines e-Voting-Modells. Im Falle einer rechtlichen Verankerung von e-Voting in Österreich, bedarf es jedenfalls Änderungen der Artikel 23a (Europawahlen) und 26 B-VG (Bund), sowie der Artikel 95 B-VG (Länder) und Artikel 117 B-VG (Gemeinden). Diese Änderungen müssten deswegen vorgenommen werden, weil die Prinzipien des geheimen und persönlichen Wahlrechts einer Neudefinition bedürften und die bislang untersagte Stimmabgabe außerhalb eines Wahllokals (außer im Falle von amtlich ausgegebenen Wahlkarten, die von den WählerInnen per Post an die zuständigen österreichischen Wahlbehörden verschickt werden können) ermöglicht werden müsste. Zudem bedürfte es einer rechtlichen Festsetzung in Bezug auf Registrierung, Stimmabgabe und Stimmauszählung.

Der Abschlussbericht der ministeriell eingesetzten e-Voting-Arbeitsgruppe legt klar, dass für die Abwicklung einer Online-Wahl eine e-Voting-taugliche zentrale Wählerevidenz geschaffen werden muss. Weiters sei zu gewährleisten, dass neben der Möglichkeit einer Online-Stimmabgabe, die traditionelle Form der Wahl bzw. Abstimmung mittels Wahlzettel in einem Wahllokal erhalten bleiben muss (vgl. Arbeitsgruppe E-Voting 2004, 8 f). Für die gesetzlichen Wahlen zu den österreichischen Interessensvertretungen bzw. Kammern wurden teilweise bereits entsprechende Änderungen vorgenommen, sodass e-Voting im Hochschülerschafts- und Wirtschaftskammergesetz verankert werden konnte (vgl. Prosser et al. 2004, 21, und weiter unten im Text).

Auf technischer Seite geben sich bei der Umsetzung von e-Voting drei zentrale Problemstellungen zu erkennen: 1. die Identifizierung des Wahlberechtigten; 2. die Gewährleistung der Anonymität bei der Stimmabgabe; 3. der Schutz vor Wahlmissbrauch bzw. -manipulation durch eingeschränkten und klar definierten Handlungsspielraum für die Systemadministration der Wahlbetreiber (vgl. Prosser et al. 2004, 9). Die technischen Empfehlungen der österreichischen e-Voting-Arbeitsgruppe stehen in engem Zusammenhang mit der österreichischen e-Government-Strategie. Die Bürgerkarte, die eine Kombination aus amtlichem Ausweisdokument und eigenhändiger Unterschrift ist, soll in Zukunft in Österreich eine Schlüsselrolle bei der Anwendung von e-Voting darstellen. Unter der Annahme, dass die österreichische Bürgerkarte einen hohen Sicherheitsstandard gewährleistet und in absehbarer Zeit eine breite Verfügbarkeit finden wird, skizzierte die Arbeitsgruppe den möglichen Ablauf von e-Voting-Verfahren (vgl. Arbeitsgruppe E-Voting 2004, 12 ff):

- Schaffung einer zentralen Wählerevidenz und zentraler WählerInnenverzeichnisse
- Registrierung der WählerInnen mittels Bürgerkarte
- Stimmabgabe und -übertragung via Bürgerkarte an e-Voting-Server.

Die Gewährleistung der Anonymität bei der elektronischen Wahl erfolgt mittels elektronischer Wahl- und Prüfkarten, die, unter Zuhilfenahme kryptographischer Verfahren, eine vollkommen anonyme Stimmabgabe ermöglichen sollen. Um etwaige Manipulationen durch die Betreiber von e-Voting-Systemen zu verhindern, können WahlbeobachterInnen (Wahlkommission) eingesetzt werden, die vor der Wahl ein asymmetrisches Schlüsselpaar generieren, mit dessen öffentlichem Teil die abgegebenen Stimmzettel verschlüsselt werden. Der „geheime“ Schlüsselteil verbleibt bei den WahlbeobachterInnen (bzw. werden bei NotarInnen hinterlegt) und kommen erst dann zum Einsatz, wenn die abgegebenen Stimmen zur Auszählung gelangen. Dabei werden alle Schlüsselpaare der WahlbeobachterInnen veröffentlicht, um die Nachvollziehbarkeit der Auszählung zu gewährleisten (vgl. Prosser et al. 2004, 10).

In Österreich wurden bislang drei nennenswerte e-Voting-Versuche durchgeführt. Den Beginn machten zwei Wahlen, in denen traditionell eher wenig WählerInnen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen: die Wirtschaftskammerwahlen und die Wahlen zur österreichischen HochschulInnenschaft im Jahr 2000. Beide Wahlen lieferten erste wichtige Erkenntnisse hinsichtlich technischer Machbarkeit und Potenzial von e-Voting im Bereich der österreichischen Interessensvertretungen (vgl. Krimmer 2003, 31 f).

Im Jahre 2004 wurde anlässlich der österreichischen Bundespräsidentenwahl an der Wirtschaftsuniversität Wien ein weiterer „e-Voting-Wahltest“ durchgeführt, bei dem die Initiatoren erklärten, mit ihrem System die österreichischen Wahlrechtsgrundsätze garantieren zu können. Beinahe 1.800 StudentInnen haben an diesem Versuch teilgenommen, der modellhaft zeigen sollte, wie Projekte für elektronische Stimmabgaben, etwa für Volksbefragungen, unter Einsatz digitaler Signatur sicher und effizient durchgeführt werden können.¹²

Die „Digitale Hofburg“¹³ ist eine Initiative des aktuellen österreichischen Bundespräsidenten (Heinz Fischer) und versteht sich als „ein Ort für den Dialog der Zukunft“, an dem durch Diskussionen mit BürgerInnen demokratische Beteiligungsprozesse qualitativ verbessert werden sollen. Der Bundespräsident nennt sieben Schwerpunkte in seinem Dialog mit den ÖsterreicherInnen: BürgerInnenkonferenz im Internet; Interaktive Neujahrsansprache; Einbindung von Info-Terminals; NGO-Kompetenzforen; BürgerInnenbeteiligung bei Auslandsreisen; Beschwerden und Anliegen; sowie die gläserne Hofburg für künstlerische Online-Ausstellungen, Veranstaltungen und Vorträge. Weiters soll jedes Jahr der sechsjährigen Amtsperiode des Bundespräsidenten mit einem IKT-Schwerpunktthema verknüpft werden.¹⁴

In Bezug auf e-Demokratie-Projekte, die v. a. deliberative Beteiligung anbieten, lässt sich für Österreich tatsächlich noch erheblicher Nachholbedarf feststellen. Bisweilen gibt es nur sehr vereinzelt Versuche, BürgerInnen mittels IKT in politische Entscheidungsfindungsprozesse einzubeziehen.¹⁵

¹² Dieser Versuch wurde vom Forschungsteam e-Voting.at an der WU-Wien sowie von IBM Österreich, A-Trust und der ÖH an der WU-Wien unterstützt (siehe <http://www.e-voting.at>).

¹³ <http://www.digitalehofburg.at>.

¹⁴ Als mögliche Schwerpunkte werden genannt: Datenschutz und BürgerInnenrechte; BürgerInnenbeteiligung und Online-Demokratie; e-Government und Entbürokratisierung; Verbreiterung des Zugangs zu neuen Technologien; Medienentwicklung und Bildungswesen; Urheberrechte und Demokratisierung des Wissens (http://www.digitalehofburg.at/05_themen.html, zuletzt aufgerufen am 8.6.2005).

¹⁵ Z. B. „Partizipatives Vernetzungsprojekt“ im sechsten Wiener Gemeindebezirk (<http://www.wien.gv.at/mariahilf/homepage/6tesinnwahl.htm>, zuletzt aufgerufen am 8.6.2005) oder „Bürgerforum St. Pölten“ (<http://www.buergerforum.or.at>, zuletzt aufgerufen am 6.6.2005).

6 Schlussfolgerungen

Neue Medien avancieren zu Hoffnungsträgern, gegenwärtigen Demokratiedefiziten (wie mangelnde Partizipationsmöglichkeiten für BürgerInnen) entgegenzuwirken. Diese Ausweitung der politischen Beteiligung wird unter dem Sammelbegriff der elektronischen Demokratie zusammengefasst und in Form von (Pilot-) Projekten und Initiativen in ganz Europa erprobt. Zum einen soll mittels e-Voting-Verfahren die rückläufige Wahl- und Abstimmungsbeteiligung abgefangen werden, zum anderen politische Entscheidungsfindungsprozesse mittels deliberativer Beteiligungsinstrumente (wie Online-Diskussionen und Online-Konsultationen) für BürgerInnen, UnternehmerInnen und NGO-AktivistInnen geöffnet werden. Breites, öffentliches Interesse am politischen Geschehen und die Bereitschaft zur Teilnahme an Politikgestaltungsprozessen sind aber auch in einer wachsenden wirtschaftlichen und zunehmend auch politischen Europäischen Union wesentliche Prämissen für Stabilität, Kontinuität und die Gestaltung einer gemeinsamen Politik. Die gegenwärtige Entfremdung, die sich in den meisten europäischen Ländern und auf supranationaler Ebene (EU) zu erkennen gibt, kann durch neue IKT mit Sicherheit nicht völlig aufgefangen werden. Dennoch können neue Medien ein Angebot sein, BürgerInnen und andere gesellschaftlichen Akteure in die politische Entscheidungsfindung verstärkt einzubeziehen. Dies bedeutet allerdings keine Abkehr vom repräsentativen Demokratiemodell. Vielmehr ist dessen Aufwertung zu vermuten, da politische VolksvertreterInnen auch abseits von Wahlkämpfen in einen regelmäßigen Diskurs mit ihren BürgerInnen treten können und (im Idealfall) deren Anregungen und Meinungen zu politischen Themen in der Politikgestaltung berücksichtigen können. Letztendlich stellen jedoch neue IKT nur Plattformen für das „Politik-Machen“ zur Verfügung, deren Anwendungsfelder von genau jenem Parameter determiniert sind, der auch bislang politische Partizipation umrahmte, nämlich der vorherrschenden politischen Kultur.

Elektronische Demokratie führt keineswegs automatisch zu Verbesserungen in der politischen Kommunikation. Je nachdem welche informations- und kommunikationskulturellen Bedingungen in einem Land vorherrschen, werden Online-Beteiligungsprozesse stärker oder weniger stark von Behörden eingesetzt und von BürgerInnen genutzt. Verschiedene Einflussfaktoren, die politische Partizipation bedingen (wie z. B. die prinzipielle Bereitschaft seitens der BürgerInnen sich politisch zu beteiligen; das Zugeständnis der PolitikerInnen, die Ergebnisse von Beteiligungsverfahren in politischen Gestaltungsprozessen zu berücksichtigen etc.) bauen auf historisch gewachsenen Strukturen. Die Nutzung von IKT basierenden Beteiligungsmechanismen wird auch in Zukunft wesentlich davon abhängen, inwieweit BürgerInnen einen klaren Mehrwert aus ihrer e-Parti-

zipation ziehen können. Die Verantwortung liegt zweifelsohne bei allen, die in einem demokratischen System leben: Politische RepräsentantInnen und BürgerInnen tragen für den Erhalt einer lebendigen Demokratie gleichermaßen Verantwortung, wobei die Bedeutung von Machtverteilung und -strukturen keinesfalls außer Acht gelassen werden sollte. Schließlich gilt auch in einer elektronischen Demokratie, was sich in „Offline-Demokratien“ als bewährtes Prinzip zeigt: „It is all about power, of course. In the end.“ (Silverstone 1999, 143)

Literatur

- Abromeit, H., 2002, *Wozu braucht man Demokratie?*, Opladen: Leske + Budrich.
- Arbeitsgruppe E-Voting, 2004, *Abschlussbericht*, im Auftrag von: Bundesministerium für Inneres, Wien.
- Blumler, J. G. und Gurevitch, M., 1995, *The Crisis of Public Communication*, London/New York: Routledge.
- Bohman, J., 1996, *Public Deliberation – Pluralism, Complexity, and Democracy*, Cambridge/London: The MIT Press.
- Buchsbaum, T. M., 2004, *Arbeitsgruppe ‚E-Voting‘-Unterarbeitsgruppe Internationales*, im Auftrag von: Bundesministerium für Inneres, Wien.
- Coleman, S., 1997, *Stilled Tongues – From Soapbox to Soundbite*, London: Porcupine Press.
- Coleman, S., 1999, The new media and democratic politics, *New Media and Society* 1(1), 67-74.
- Coleman, S., 2004, Connecting Parliament to the Public via the Internet, *Information, Communication & Society* 7(1), 1-22.
- Coleman, S. und Normann, E., 2000, *New Media and Social Inclusion*, London: Hansard Society.
- Curran, J., 1991, Rethinking the Media as a Public Sphere, in: Dahlgren, P. und Sparks, C. (Hg.): *Communication and Citizenship*, London: Routledge, 27-57.
- Dahlgren, P., 2001, The Transformation of Democracy?, in: Axford, B. und Huggins, R. (Hg.): *New Media and Politics*, London/Thousand Oaks/New Delhi: SAGE, 64-88.
- Dryzek, J. S., 1990, *Discursive Democracy – Politics, Policy and Political Science*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Dryzek, J. S., 2000, *Deliberative Democracy and Beyond – Liberals, Critics, Contestations*, Oxford: Oxford University Press.
- Eder, K. und Kantner, C., 2000, Transnationale Resonanzstrukturen in Europa – Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit, in: Bach, M. (Hg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften – Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 306-344.
- Eriksen, E. und Fossum, J., 2000, *Democracy in the European Union – Integration through deliberation?*, London/New York: Routledge.
- Filzmaier, P., 2004, Internet und Demokratie, *Forum Parlament* 2(2), 38-42.

- Filzmaier, P. und Stainer-Hämmerle, K., 2002, Parlamentskommunikation und Neue Medien, *SWS-Rundschau* 42(3), 309-335.
- Habermas, J., 1962/1989, *The Structural Transformation of the Public Sphere*, Cambridge: MIT Press.
- Hacker, K. L. und Dijk, J. v., 2000, What is Digital Democracy?, in: Hacker, K. L. und Dijk, J. v. (Hg.): *Digital Democracy – Issues of Theory & Practice*, London/Thousand Oaks/New Delhi: SAGE, 1-9.
- Keane, J., 1998, *Civil Society – Old Images, New Visions*, Cambridge: Polity Press.
- Krimmer, R., 2003, *E-Voting in Österreich*. Arbeitspapiere zum Tätigkeitsfeld Informationsverarbeitung und Informationswirtschaft, Nr. 2, hrsg. v. Institut für Informationsverarbeitung und Informationswirtschaft, Wien: Wirtschaftsuniversität.
- London, S., 1995, Teledemocracy vs. Deliberative Democracy: A Comparative Look at Two Models of Public Talk, *Journal of Interpersonal Computing and Technology* 3(2), 33-55.
- Prosser, A., Guo, Y. und Lenhart, J., 2005, Die Einstellung der Wiener Bevölkerung zu e-Voting und e-Partizipation, in: Wimmer, M. A. (Hg.): *E-Government 2005 – Knowledge Transfer und Status*, Wien: Österreichische Computer Gesellschaft, 429-439.
- Prosser, A., Kofler, R., Krimmer, R. und Unger, M. K., 2004, *E-Voting Wahltest zur Bundespräsidentenwahl 2004*. Arbeitspapiere zum Tätigkeitsfeld Informationsverarbeitung und Informationswirtschaft, Nr. 1, hrsg. v. Institut für Informationsverarbeitung und Informationswirtschaft, Wien: Wirtschaftsuniversität.
- Rheingold, H., 1999, The virtual community – Finding connection in a computerised world, in: Mackay, H. und O'Sullivan, T. (Hg.): *The Media Reader – Continuity and Transformation*, London/New Delhi: Thousand Oaks, 273-287.
- Sassen, S., 2000, Digital Networks and the State, *Theory, Culture & Society* 17(4), 19-33.
- Schmidt, M. G., 2000, *Demokratietheorien*, 3. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Silverstone, R., 1999, *Why Study the Media?*, London/Thousand Oaks/New Delhi: SAGE.
- Tsagarousianou, R., 1998, Electronic democracy and the public sphere – Opportunities and challenges, in: Roza Tsagarousianou, R., Tambini, D. und Bryan, C. (Hg.): *Cyberdemocracy – Technology, cities and civic networks*, London/New York: Routledge, 167-179.
- Webster, F., 1995, *Theories of the Information Society*, London/New York: Routledge.
- Wilhelm, A. G., 2000, *Democracy in the Digital Age – Challenges to Political Life in Cyberspace*, London: Routledge.
- Winkler, R. und Kozeluh, U., 2005, *Europeans have a Say: Online Debates and Consultations in the EU*, Endbericht im Auftrag von: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft u. Kultur, Wien: Institut für Technikfolgen-Abschätzung.
- Zittel, T., 2001, Elektronische Demokratie – Planskizze für eine Demokratie des 21. Jahrhunderts?, *Neue Politische Literatur* 2001(3), 433-470.